

Bundesministerium für Gesundheit  
Gesundheitsministerin  
Nina Warken  
11055 Berlin

Schönebeck, den 29.04.2026

**Offener Brief – zum „Referentenentwurf des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz“  
und zum Kabinettsbeschluss des Gesetzes zur Notfallreform**

Sehr geehrte Frau Ministerin Warken,

am 24. und 25. April fand in Magdeburg die Frühjahrstagung des Hausärztinnen- und Hausärzterverbandes statt, zu der Sie und damit auch Ihr Ministerium eingeladen waren. Nachdem in Ihrem Ministerium in den letzten Wochen gleich mehrere Gesetzesvorhaben zur Zukunft der Versorgung das Licht der Welt erblickten, haben wir uns natürlich auf eine spannende und rege Diskussion mit Ihnen gefreut, schließlich soll das System zu einem Primärversorgungssystem umgebaut werden. Nach bisheriger Lesart ist dabei im Regelfall der Hausarzt der primäre Kontakt im System. Nun frage ich mich, ob ich Ihr Fernbleiben und auch das Ihres Ministeriums als Ausdruck der Wertschätzung der Hausärzteschaft betrachten muss. Schon länger habe ich mich gefragt, ob ich mir wegen der Abkehr vom Wort „Primärarztsystem“ Sorgen machen soll. Scheinbar schon. Die Idee einer verbindlichen digitalen Ersteinschätzung außerhalb der sogenannten Unzeit ist absurd und nicht zielführend. Genau dafür sind die Praxen im Land doch da, nämlich die Patienten in die richtige Ebene zu lenken. Sollte es vorkommen, dass der Hausarzt dies nicht kann, weil der Fall so komplex ist, können wir gerne die von Ihnen favorisierte künstliche Intelligenz zu Rate ziehen. Ob dies dann hilfreich ist, wage ich zu bezweifeln. Eine Begrenzung des Wachstums der HZV widerspricht sich bei der im Koalitionsvertrag gestellten Aufgabe schon im Kern. Wenn ein Primärversorgungssystem nicht mehr über den Hausarzt, sondern mit akademisierten Gesundheitsfachberufen oder Chat Bots gewünscht ist, dann löst sich der Widerspruch natürlich auf. Hier gebe ich zu bedenken, dass die akademisierten Gesundheitsfachberufe sich gerade erst finden und sich ihr Leistungsspektrum erarbeiten und einem Chat Bot fehlt das Menschliche. Was nicht bedeutet, dass die Hausärzteschaft Einwände gegen die Einbindung akademisierter Gesundheitsfachberufe hat. Dies ist aus meiner Sicht ausdrücklich notwendig und wird zur Stabilisierung der Versorgung beitragen, vorausgesetzt, der Einsatz erfolgt konsequent im Rahmen der Delegation durch die Ärzteschaft. Eine Substitution der primärärztlichen Steuerung darf nicht erfolgen. Hierfür müssen klare Zuständigkeiten im System definiert werden.

Kritik habe ich auch am Kabinettsentwurf des Gesetzes zur Notfallreform. In Sachsen-Anhalt INZ mit der „Gießkanne“ zu schaffen, ist ineffektiv. Vielmehr müssen die Gegebenheiten vor Ort in der Planung berücksichtigt werden. Gleiches gilt für den rund um die Uhr aufsuchenden Hausbesuchsdienst und die Videosprechstunde/Telemedizin. Beides ist während der regulären Sprechzeiten nicht nötig. Es schafft lediglich Doppelstrukturen, für die weder die personellen noch die finanziellen Ressourcen da sind. Zusätzlich befeuern Sie damit die „all inclusive Mentalität“ der Bevölkerung und konterkarieren jedwede Bemühungen, die Gesundheitskompetenz der Bürger zu stärken. Was in Ihren Entwürfen vollkommen fehlt, ist die Pflicht des Bundes, die Kosten der Bürgergeldempfänger komplett zu übernehmen und die Länder zu verpflichten, den Investitionsstau in die Krankenhausinfrastruktur abzubauen. Geben Sie uns die Beinfreiheit, die wir brauchen, um unseren Beruf frei von Zwängen auszuüben. Einige Ihrer Sparvorschläge werden zu Leistungsbegrenzungen führen, das muss offen kommuniziert werden.

Das Gesundheitssystem muss zukunftsfest gemacht werden, das steht außer Frage. Mit Ihren derzeitigen Bemühungen werden Sie genau das nicht erreichen. Viele Kollegen, sowohl hausärztlich als auch gebietsfachärztlich, die derzeit in ihren Praxen durch Selbstaussbeutung das System am Laufen halten und die Versorgung stemmen, sind aus der sogenannten Babyboomer Generation. Ihre Reform werden sich viele von Ihnen nicht mehr antun. Zu diesem Zeitpunkt müssen Sie sich fragen, wer die Versorgung übernehmen soll.

Ceterum censeo, die ambulante medizinische Versorgung ist ein wichtiger Teil für den sozialen Frieden und die Hausärzteschaft stellt das Rückgrat dieser Versorgung. Schätzen Sie es endlich wert!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med. Torsten Kudela  
Vorsitzender des Hausärzteverbandes Sachsen-Anhalt e.V.